

Geehrter Herr Bürgermeister Oestmann,
Ratsvorsitzender Gori,
Vertreterinnen der Stadtverwaltung,
Liebe Kolleginnen und Gäste,

Rotenburg hat eine Willkommenskultur für Geflüchtete

Wie in Ausschusssitzungen bereits überdeutlich formuliert, seien damit gut gemeinte Initiativen aus der Zivilgesellschaft überflüssig, da wir ja bereits gut genug seien. Praxis vor Bekenntnis.

Währenddessen erreichen uns diese Woche Nachrichten zur Asylpolitik. Europa wird mehr in den Grenzschutz investieren. Das militärische Zurückdrängen auf dem Mittelmeer wird mit mehr finanziellen Mitteln unterstützt. Menschen sterben weiterhin, ob auf hoher See oder in den Internierungslagern Libyens. Diese Praxis finanzieren wir mit. Aber es gibt auch positive Finanzierinitiativen.

„Braunschweig will Patenschaft für Rettungsschiff übernehmen“ berichtet heute der NDR. Bereits Ende 2018 hat sich Braunschweig zur Initiative des uns hier vorliegenden Antrags „Sicheren Hafens“ bekannt.

Zu den zwei bereits umgesetzten Forderungen, kommt nun also eine Dritte hinzu, nämlich die „Aktive Unterstützung der Seenotrettung“. Denn während wir hier Mitten im sicheren Europa reden können, werden zivilgesellschaftliche Anstrengungen, Menschen in Not auf dem Mittelmeer zu helfen, faktisch zu Kriminellen erhoben.

Ich frage mich, wann es jemand wagen wird, die evangelische Kirche als Anstifterin krimineller Seenotrettung zu verurteilen; schließlich habe sie vergangenes Jahr ein Schiff für eben jene Rettungsmissionen erworben.

Ginge es nach der Fraktion Grüne / Linke könnten wir uns über die gelebte Willkommenskultur im Rahmen unserer Möglichkeiten durchaus dafür

einsetzen, dass wir mit der menschenverachtenden Praxis rechter Europapolitik nicht einverstanden sind ... und das gar nicht alleine, sondern mit 318 weiteren Partner:innen – den Sicheren Häfen, die bundesweit existieren.

Das Statement der Verwaltung der Stadt sieht Rotenburg pauschal weder verantwortlich noch in der Lage auch nur eine einzige Forderung der Initiative mitzutragen, obgleich bereits Forderungen in der Praxis erfüllt. Es ist skurril, aber viele Kolleg:innen werden sich gleich der vorgeschlagenen Meinung anschließen.

Herr Oestmann wird vielleicht erwähnen, dass er das Kernanliegen ja bereits zur Kenntnis an den Städtetag geschickt habe...was im Ausschuss angeregt wurde ... interessant an der Antwort vom Niedersächsischen Städtetag ist ein Nebensatz: „Ähnliche Anträge sind bereits von anderen Kommunen angenommen worden“ – Ich frage mich, wie das denn sein können, wenn Kommunen per se gar nicht die in der Lage seien so etwas abzustimmen. Jene Mitglieder die hier heute ablehnend abstimmen, mögen diesen Widerspruch mit nach Hause nehmen.

Rechtsauffassungen scheinen auch einen Geschmack zu haben – und der ist bekanntlich unterschiedlich.

Liebe Kolleginnen, ich muss ehrlich sagen, und hier blicke ich insbesondere zu den Kolleginnen der Sozialdemokraten, ich habe hier – auch in Anbetracht der Vertagung und einer mehr mehrmonatigen Vorbereitungszeit - in der Tat mit mehr Differenzierung und Lösungsvorschläge gerechnet, als solch eine Pauschablehnung, obwohl eure Ablehnung – obgleich bundesweit Genoss:innen diese Anträge positiver bewerten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und bitte bedenkt: Keine Jeck is illejal!